

## Die Corona-Bürokratie

In der Pandemie braucht die Politik die Bürger mehr denn je – Doch die Überreglementierung lässt die Bevölkerung immer mehr ermüden

Stundenlang haben die Kanzlerin und die Regierungschefs der Länder gebrütet. Herausgekommen ist ein komplexer und komplizierter Beschluss. Manches wird hier bis ins Kleingedruckte hinein geregelt: zum Beispiel, dass in einem zweiten Öffnungsschritt wieder die Ratur beim Profi erlaubt ist – vorausgesetzt, der Kunde legt einen negativen Corona-Test vor. Auf andere Fragen gibt es dagegen gar keine Antworten – etwa, bei welcher Pandemielage und mit welchen Hygienekonzepten der Präsenzbetrieb an Universitäten wieder aufgenommen werden sollte.

Zwar liegt jetzt endlich der lang angekündigte Stufenplan vor, der mehr Perspektive schaffen soll. Doch besteht die Gefahr, dass die Unübersichtlichkeit dessen, was beschlossen wurde, den Frust der Menschen im Langzeit-Lockdown zusätzlich befördert. Umfragen von Ende Februar zeigen jedenfalls schon deutlich weniger Vertrauen in das Krisenmanagement von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU).

In dieser Phase der Pandemie komme es umso mehr auf das Mitmachen der Menschen an, mahnt der Deutsche Landkreistag. Daher müsse der Staat die Ängste, Sorgen und Erschöpfungszustände der Bevölkerung ernst nehmen. „Die verabredete Öffnungsmatrix weist allerdings einen hohen Komplexitätsgrad auf, sodass wir damit an die Grenzen der Umsetzbarkeit gelangen“, kritisiert der Präsident des kommunalen Spitzenverbandes, Reinhard Sager. Ein zusätzliches Problem in der Kommunikation mit dem Bürger: Bei der Impfstrategie hat der Schutz der besonders gefährdeten Gruppen Priorität. Bei den Öffnungsschritten soll dagegen die Zahl der Neuinfektionen Richtschnur sein.

### Der Frust entlädt sich

Besonders heftig entlädt sich der Frust in der Debatte um die Impfungen. Bei diesem Thema räumt inzwischen auch die Kanzlerin ein, „dass wir hier noch Steigerungspotenzial haben“. Während bereits Ende Februar die Hälfte aller Israelis und mehr als 15 Prozent der New Yorker mindestens einmal geimpft waren, haben in Deutschland bis Mittwoch nur 5,5 Prozent der Bevölkerung die erste Spritze erhalten. Auch bei der Verfügbarkeit von Schnell- und Selbsttests haben andere Staaten – zum Beispiel Österreich – die Nase vorn.

„Wenn der regelmäßige Test so normal wird wie das regelmäßige

| 1. Öffnungsschritt  | 2. Öffnungsschritt  | 3. Öffnungsschritt   | 4. Öffnungsschritt   | 5. Öffnungsschritt   | weitere Schritte  |  |   |
|---|---|--|--|--|---|--|---|
| seit 1.3.   | ab 8.3.   | ab 8.3. nach Inzidenz  | 14 Tage später (frühestens 22.3.)  | 14 Tage später (frühestens 5.4.)   | MPK 22.3.   |  |   |
|   |   | unter 50   | 50 - 100   | unter 50   | 50 - 100  |  |   |
| Schulen (individuelle Regeln je Land)<br>Kitas<br>Friseur (+ regionale Öffnungen) | Buchhandlungen<br>Blumengeschäfte<br>Gartenmärkte (1 Kunde pro 10 bzw. 20 qm, abhängig von Verkaufsfläche)<br>Körpernahe Dienstleistungen (zum Teil mit tagesaktuellem Test)<br>Fahr- und Flugschulen (mit tagesaktuellem Test) | Einzelhandel (1 Kunde pro 10 bzw. 20 qm, abhängig von Verkaufsfläche)<br>Museen/<br>Galerien/<br>Zoos/botan. Gärten/<br>Gedenkstätten<br>Außen-Sport max. 10 Personen, kontaktfrei | Terminshopping im Einzelhandel (1 Kunde/40qm, Terminbuchung)<br>Museen/<br>Galerien/Zoos/<br>botan. Gärten/<br>Gedenkstätten (mit Terminbuchung und Dokumentation)<br>Individualsport außen, max. 5 Pers. aus 2 Haushalten (bzw. max. 20 Kinder) | Außen-gastronomie<br>Theater/<br>Konzert- und Opernhäuser/<br>Kinos<br>Sport (kontaktfrei innen, Kontaktsport außen) | Jeweils mit tagesaktuellem Schnell- oder Selbsttest:<br>Außen-gastronomie (mit vorheriger Terminbuchung)<br>Theater/<br>Konzert- und Opernhäuser/<br>Kinos<br>Sport (kontaktfrei innen, Kontaktsport außen) | Freizeitveranstaltungen im Außenbereich (max. 50 Teilnehmende)<br>Kontaktsport innen<br>Einzelhandel (1 Kunde pro 10 bzw. 20 qm, abhängig von Verkaufsfläche)<br>Sport (kontaktfrei innen, Kontaktsport außen) - ohne Test - | Entscheidung über die weiteren Bereiche:<br>Gastronomie,<br>Kultur,<br>Veranstaltungen,<br>Reisen und Hotels<br>Unter Berücksichtigung Testen, Impfen, Virusmutation und weitere Faktoren |

So sieht nach Ansicht von Bund und Ländern ein einfacher Stufenplan zur Lockerung von Corona-Maßnahmen aus: Als überbürokratisiert und überreglementiert bezeichnen Politologen das Konzept. Auch deshalb macht sich aus Sicht der Experten zunehmend eine Corona-Lethargie breit. Foto: Bundesregierung

Zähneputzen, dann können bald fast alle Menschen normal weiterleben und wieder ihre Rechte ausüben“, sagt FDP-Fraktionsvize Stephan Thomae. Dazu brauche es aber einen kostengünstigen oder

kostenlosen, jederzeit und überall verfügbaren Schnelltest oder Selbsttest. Das sei außerdem „allemal billiger als die schwindelerregenden Milliardenhilfen, die wir derzeit über das Land kippen“.

„Überbürokratisiert und überreglementiert“ sei die von Bund und Ländern gemeinsam organisierte Covid-19-Impfkampagne, findet Nils Bandelow, Politologe von der TU Braunschweig. Anstatt

auf pragmatische Lösungen zu setzen, habe man eine Impfverordnung aufgesetzt, die viele Probleme produziert und dadurch eine schnelle Immunisierung großer Teile der Bevölkerung verhindert

### Hintergrund

#### Aus Verärgerung über das langsame Impfen: Großkonzerne wollen den Corona-Piks selbst setzen

Eine wachsende Zahl großer deutscher Unternehmen will wegen der lahmen Impfkampagne den Schutz der Mitarbeiter vor dem Coronavirus in die eigenen Hände nehmen. DAX-Konzerne wie die Allianz und die Deutsche Telekom sind ebenso bereit, die eigenen Belegschaften durch Betriebsärztinnen und -ärzte impfen zu lassen, wie die chemische Industrie, der Mischkonzern Baywa oder die den Sparkassen verbundene Versicherungskammer. „Wir stehen zu unserem Angebot, die Impfstrategie durch einen koordinierten Einsatz von Betriebsärzten zu unterstützen“, sagte Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger.

In vielen Unternehmen und Wirtschaftsverbänden löst der langsame Fortschritt der Impfkampagne wachsenden Ärger aus, da der Lockdown und die Corona-Beschränkungen des Alltags große

volkswirtschaftliche Schäden bedeuten. Aus den auf dem Impfdashboard des Bundes veröffentlichten Zahlen geht hervor, dass bis Mittwoch knapp 10,4 Millionen Impfdosen nach Deutschland geliefert wurden, davon aber mehr als ein Drittel – 3,5 Millionen Dosen – bislang nicht verimpft war. Impfungen durch Betriebsärzte sind in der Strategie des Bundes zwar vorgesehen, aber nicht kurzfristig. Laut Statistikportal „Our World in Data“ war Großbritannien bis Dienstag mit 31,8 verabreichten Impfdosen pro 100 Einwohner viermal schneller vorangekommen als Deutschland mit 7,9. Effizienter als Deutschland impfen auch Polen, Griechenland oder Portugal. Sein Ärger Luft macht Baywa-Vorstandschef Klaus-Josef Lutz, der den Fortschritt der Impfungen in Deutschland als „skandalös langsam“ kritisiert und den Impfstoff für die gut 20 000 Mitarbeiter

des MDAX-Unternehmens auf Firmenkosten beschaffen würde. „Ich verstehe nicht, dass die Hausärzte, die jedes Jahr 20 bis 25 Millionen Grippeimpfungen durchführen, nicht in die Impfkampagne eingebunden sind“, sagte der Topmanager.

Lutz fordert den Rücktritt von Thomas Mertens, des Vorsitzenden der Ständigen Impfkommission. „Wir bereiten uns aktuell darauf vor, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an allen großen Standorten in Deutschland die Möglichkeit zu einer Corona-Impfung anzubieten“, heißt es bei der Allianz. „Dafür planen wir, bis zu 25 Impfstraßen auf unseren Betriebsgeländen einzurichten“, sagte eine Sprecherin des größten deutschen Versicherers. „Die Vorbereitungen treffen wir jetzt, damit wir loslegen können, sobald es genügend Impfstoff gibt und

Mitarbeiterimpfungen gemäß der Nationalen Impfstrategie möglich sind.“ Die Chefetage der deutschen Allianz-Gesellschaft geht in ihren Überlegungen bereits darüber hinaus: „Weitergehende Unterstützungen wie zum Beispiel Impfungen von Familienangehörigen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind derzeit bei uns in Diskussion.“

Allein der seit Dezember geltende Lockdown für Handel und Gastronomie bedeutet nach einer Schätzung des Münchner Ifo-Instituts für die deutsche Wirtschaft jede Woche verlorene Wertschöpfung von 2,5 Milliarden Euro. Sollte es wegen zu langsamer Impfungen zu befürchteten dritten Welle kommen und der Lockdown verschärft werden, könnten sich die wöchentlichen Verluste demnach sogar auf zweistellige Milliardenbeträge summieren.

habe. Außerdem sei entschieden worden, Impfstoffe aus Staaten wie China oder Russland aus politischen Gründen nicht zu beschaffen. Dabei stelle sich jedoch die Frage, „ob man sich das in der Krise leisten kann“.

### Gefährdete Gruppen geschützt

Wer jetzt eine Zwischenbilanz zieht, stellt fest: Eine Überforderung des Gesundheitssystems haben die Verantwortlichen bislang verhindern können. Die besonders gefährdeten Gruppen wurden einigermaßen gut vor schwerer Erkrankung und Tod geschützt – auch wenn bei einigen Hochbetagten durch die Isolation der Lebensmut und die geistige Gesundheit Schaden nahmen. Der Datenschutz funktioniert super, dafür ist die Nachverfolgung von Infektionsketten weniger effektiv als in Staaten, wo man es damit nicht so genau nimmt.

Wirtschaftlich gesehen, kennt die Corona-Pandemie wie jede Krise Gewinner und Verlierer. Viele Menschen reagieren auf die Komplexität der Pandemie mit einer Verengung des eigenen Blickwinkels. Die einen schauen auf die verpassten Entwicklungschancen der Kinder. Die anderen nehmen die überlasteten Pfleger in den Blick. Der Blick über den eigenen Tellerrand fällt schwer.

Doch zur Wahrheit gehört auch: Manch einer hat sich im Corona-Biedermeier ganz gemütlich eingerichtet, während andere verzweifelt ihre wirtschaftliche Existenz oder die Bildungschancen ihrer Kinder davonschwimmen sehen. Wer die Pandemie als Beamter in einer geräumigen Wohnung am Waldrand erlebt, tut sich mit der Einhaltung von Corona-Regeln leichter als das junge Gastronomenpaar oder die fünfköpfige Familie aus der Hochhaussiedlung.

Politiker lassen sich in der Corona-Krise von Virologen und Epidemiologen beraten. Doch Wissenschaft ist keine Ideologie – und wenn es neue Daten gibt, ändern Forscher dann auch ganz selbstverständlich und ohne Gewissensbisse ihre Meinung. Die Aufgabe, politische Entscheidungen zu erklären, müssen andere übernehmen. Einer, der „ein gutes Näschchen dafür hat, was man gut verkaufen kann“, sei Bayerns Ministerpräsident, sagt Bandelow. Söder sei „sehr flexibel in seinen Positionen“, konstatiert der Politologe. Nach der jüngsten Bund-Länder-Runde legte sich Söder nicht fest. Er sprach lieber von einer Übergangszeit und sagte: „Wir hoffen sehr, dass der März ein Chancenmonat wird.“

Anne-Beatrice Clasmann

## Nachhilfe vom Impfweltmeister

Angesichts des Engpasses in der EU suchen Staaten wie Österreich und Dänemark jenseits von Europa nach Alternativen

Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz war gerade in Israel gelandet, als man ihm die jüngste Nachricht von der europäischen Impfstofffront reichte: Bei der Europäischen Medizinagentur (EMA) in Amsterdam hat an diesem Tag das Verfahren zur Zulassung des russischen Vazkzins Sputnik V begonnen. In wenigen Wochen könnte also ein weiterer Impfstoff für die Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen. Die Reise des Premiers aus Wien und der dänischen Ministerpräsidentin Mette Frederiksen hatte zwar mit den aktuellen Engpässen der EU-Mitgliedstaaten nichts zu tun. Kurz betonte das vor seiner Abreise: „Das ist definitiv kein Verlassen des europäischen Wegs.“ Auch Frederiksen bekräftigte nach dem Treffen, es habe keinen Bruch der Kooperation in der EU gegeben. Aber den Eindruck, dass es um die Impfallianz, die Brüssel geschmiedet hatte, nicht gut bestellt ist, konnten beide nicht ausräumen.

Immer mehr Regierungen gehen inzwischen eigene Wege. Ungarn hat bereits Sputnik V bestellt und eine weitere Lieferung aus China geordert. Tschechiens Premier Andrej Babis lässt gerade eine vorgezogene Zulassung des russischen Vazkzins prüfen. Kroatien wird wohl folgen. Österreich, Dänemark und Israel treffen sich seit Monaten mit Australien, Norwegen, Griechenland und Tschechien zu Videokonferenzen. Man will Erfahrungen und Rezepte austauschen, wie die Impfungen im eigenen Land beschleunigt werden können.

Dabei hatten Kurz und Frederiksen nicht vor, ihren Amtskollegen Benjamin Netanjahu um ein paar Ampullen anzubetteln. Man wolle „nicht mehr nur von der EU abhängig sein bei der Produktion von Impfstoffen der zweiten Generation“, erklärte der österreichische Kanzler. Am Ende der Gespräche in Jerusalem stand dann schließlich der Beschluss für eine vertiefte Zu-



Wollen bei Impfstoffen vertieft kooperieren: die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen, Israels Premier Benjamin Netanjahu und Österreichs Kanzler Sebastian Kurz (rechts). Foto: Dragan Tatic/Bundeskanzleramt/AP/dpa

sammenarbeit. Tatsächlich geht nicht nur unter den Europäern die große Angst um, dass die erste Impfwelle zwar bald in Gang

kommt, dann aber ab Herbst die Prozedur wiederholt werden muss, wenn weitere Mutanten auftauchen und neue Vakzine nötig sind.

Das ist zumindest die offizielle Begründung, die die wachsende Zahl der „Fremdgänger“ vom europäischen Weg vorbringt.

Hinter diesem Argument steckt bei den meisten Kritikern Brüssels jedoch sehr wohl die Sorge um den Verlauf der ersten Impfkampagne, die außer in Malta, Finnland und Dänemark sowie begrenzt in Italien kaum nennenswert vorankommt. Beim jüngsten EU-Gipfel hatte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zwar konkrete Liefertermine und die Zahl der erwarteten Chargen vorgelegt. Demnach erwartet die Union im ersten Quartal rund 100 Millionen Dosen, im zweiten und dritten Vierteljahr dann jeweils etwa 500 Millionen. Bis Ende September seien ungefähr 1,1 Milliarden Impfdosen zu erwarten, genug, um jeden EU-Bürger zweimal zu impfen. EU-Diplomaten berichteten aber, von der Leyen habe selbst Vorbehalte eingeräumt und betont, dass diese Angaben auf „nicht bestätigten“ Zu-

sagen der Hersteller beruhten und deshalb von den Staatenkernern als „unsicher“ eingestuft wurden. Diese Lage, so heißt es in Brüssel, werde durch Sputnik V übrigens kaum entschärft, weil die russischen Arzneimittelhersteller kaum in der Lage seien, nennenswerte Größenordnungen nach Europa zu liefern, da sie ja nicht einmal genug zur Versorgung der eigenen Bevölkerung herstellen.

Für die EU könnte deshalb entscheidend sein, möglichst rasch den Grundstein für eine eigene und vor allem ausreichende Produktion der Impfstoffe von morgen zu legen. Die EU-Kommission weist dabei auf ihr Projekt „Hera Inkubator“, das ebendiese Vernetzung von Forschung, Entwicklung und Herstellung samt Verteilung sicherstellen solle. Ob das aber reicht, um die stark unter Druck stehenden 27 Staats- und Regierungschefs auf dem europäischen Weg zu halten, ist offen.

Detlef Drewes